Nachdenken über deutsche Einheit

Eine Stimme aus dem anderen deutschen Staat / Von Konrad Weiß

Ich kann und mag mich nicht damit abfinden, daß es Deutschland für alle Zeit doppelt geben muß. Der gegenwärtige Zustand ist weniger ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges als vielmehr ein Produkt des Kalten Krieges. Die deutsche Einheit ist Ideologien und Machtinteressen geopfert worden, hier wie dort. Die Gründergeneration in beiden Staaten hat den mühevolleren Weg von Schuldbekenntnis, Reue und Umkehr, von Dialog und Gewaltverzicht gescheut. Dabei mag es politische Unterschiede gegeben haben. In der psychologischen Motivation ihres Separatismus aber sind Adenauer und Ulbricht Brüder.

Zum schmerzlichen Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, zum endgültigen Verlust Schlesiens und Pommerns und Ostpreußens kann ich mich vorbehaltlos bekennen; zum schmerzlichen Ergebnis des Kalten Krieges kann ich es nicht. Ich will, daß meine Enkelkinder einmal in einem Deutschland ohne Mauer leben. Politik kann man mit Visionen allein nicht machen. Aber man kann auch keine Politik machen ohne Vision. Mir scheint, bei ihrem Bemühen um die kleinen Schritte haben die Politiker allzusehr auf die Füße geschaut, die eigenen und die der anderen, aber den Blick nach vorn haben sie vergessen. Ich bin kein Politiker, also darf und will ich öffentlich träumen und von meiner Vision sprechen.

Ich will es verantwortlich tun. Voraussetzung jedes Nachdenkens über und allen Handelns für deutsche Einheit ist meiner Ansicht nach dreierlei:

Erstens: Die Außengrenzen, wo wie sie 1945 gezogen wurden, sind für alle Zeit unantastbar. Des müssen sich unsere Nachbarn sicher sein. Deutsche Einheit ist nicht a priori der höchste Wert; Frieden und nachbarschaftlicher Solidarität gebührt immer und unter allen Umständen Vorrang. Nie und nimmer darf eine Antwort auf die deutsche Frage mit Gewalt gesucht werden.

Zweitens: Ein einheitliches Deutschland muß ein schwaches Deutschland sein, schwach und gerade dadurch fähig zu Solidarität und Nachbarschaftlichkeit. Ich wünsche mir ein entmilitarisiertes Deutschland, ein Deutschland, dessen wirtschaftliche Kraft vor allem den Armen dieser Welt zugute kommt, ein Deutschland, dessen nationales Erbe eingebettet ist in eine multinationale Kultur.

Drittens: Die Bemühungen um deutsche Einheit müssen einhergehen mit Bemühungen um die europäische Einheit. Die sogenannte „Europäische Gemeinschaft", die in Wahrheit eine westeuropäische ist und halb Europa, auch siebzehn Millionen Deutsche, ausschließt, muß so verändert werden, daß alle Europäer, sofern sie wollen, in ihr eine Heimstatt finden können. Diese längst fällige Umgestaltung muß mit der Öffnung und Hinwendung Europas zu den Kontinenten
telwelt verbunden sein.

Dies sind die Prämissen. Und die
Ich denke, es ist an der Zeit, daß
die Völker der Welt bitten, uns
Versöhnung auch formell durch e
vertrag zu gewähren. Unsere Kind
kinder, lange nach dem Krieg g
einen Anspruch darauf. Den Anbr
Jahrtausends sollen sie in einem M
ben, das nicht länger unter einem
zustand leidet, denn nichts andere
Waffenstillstand, unser Status seit
stete Verdrängung dieses Umstande
Volk krank und anfällig für nation
geist.

Deutschland braucht keine So
fremde noch eigene. Oder glaubt je
daß in ein Deutschland ohne Bu
Volksarmee Holländer oder Pol
oder Ungarn, Schweizer oder Finne
ren würden? Und auch Amerika u
union wären wohl froh, uns los zu
trieren wir unsere Kräfte auf das
Friedfertigkeit!

Die beiden deutschen Staaten m
der Einheit willen, grundlegend än
sen sich aufeinanderzureformieren.
ches Deutschland kann und soll
ein Viertel vermehrte Bundesrepu
um drei Viertel gewachsene DDR
heit wird eine Zeit der andauernden
gar verfestigten Zweistaatlichkeit
müssen. Der langwierige Weg de
führt sicher ins nächste Jahrhundert
tig ist, daß die Deutschen hier und
noch mehr entfremden. Desweg
schließt sich mein Kreis, sind die
der Politiker doch wichtig.

Schon heute aber muß in beide
dern die Einheit neu als Wert erka
nerlicht werden. Ich denke, in der
stärker als in der DDR, wo entgeg
chen Doktrin der Einheitsgedanke
Die linken und alternativen Kräfte
republik dürfen das nationale Feld
servativen allein oder gar den rech
sten überlassen. Ein Umdenken in
Frage und das Bedenken neuer so
mokratischer Modelle für Deutschla
die Tagesordnung der Linken hie
DDR.

Gerd Bucerius zu Fragen der Zeit

Die andere Hälfte

enken
er
Einheit

us dem

t / Von Konrad Weiß

n will es verantwortlich tun. Voraussetzung Nachdenkens über und allen Handelns für sche Einheit ist meiner Ansicht nach dreierlei:

stens: Die Außengrenzen, wo wie sie 1945 gen wurden, sind für alle Zeit unantastbar. müssen sich unsere Nachbarn sicher sein. sche Einheit ist nicht a priori der höchste ; Frieden und nachbarschaftlicher Solidarität hrt immer und unter allen Umständen Vor-. Nie und nimmer darf eine Antwort auf die sche Frage mit Gewalt gesucht werden.

veitens: Ein einheitliches Deutschland muß schwaches Deutschland sein, schwach und ge-dadurch fähig zu Solidarität und Nachbar-ftlichkeit. Ich wünsche mir ein entmilitarisier-Deutschland, ein Deutschland, dessen wirt-ftliche Kraft vor allem den Armen dieser Welt te kommt, ein Deutschland, dessen nationales eingebettet ist in eine multinationale Kultur.

rittens: Die Bemühungen um deutsche Einheit sen einhergehen mit Bemühungen um die eu-ische Einheit. Die sogenannte „Europäische einschaft", die in Wahrheit eine westeuropäi-ist und halb Europa, auch siebzehn Millionen tsche, ausschließt, muß so verändert werden, alle Europäer, sofern sie wollen, in ihr eine nstatt finden können. Diese längst fällige Um-altung muß mit der Öffnung und Hinwendung Europas zu den Kontinenten der Zweidrittelwelt verbunden sein.

Dies sind die Prämissen. Und die Vision?

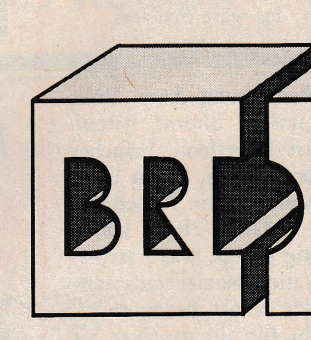
Ich denke, es ist an der Zeit, daß wir Deutschen die Völker der Welt bitten, uns Vergebung und Versöhnung auch formell durch einen Friedensvertrag zu gewähren. Unsere Kinder und Enkelkinder, lange nach dem Krieg geboren, haben einen Anspruch darauf. Den Anbruch des neuen Jahrtausends sollen sie in einem Mutterland erleben, das nicht länger unter einem latenten Kriegszustand leidet, denn nichts anderes ist doch ein Waffenstillstand, unser Status seit 44 Jahren. Die stete Verdrängung dieses Umstandes macht unser Volk krank und anfällig für nationalistischen Ungeist.

Deutschland braucht keine Soldaten, weder fremde noch eigene. Oder glaubt jemand ernstlich, daß in ein Deutschland ohne Bundeswehr und Volksarmee Holländer oder Polen, Franzosen oder Ungarn, Schweizer oder Finnen einmarschieren würden? Und auch Amerika und die Sowjetunion wären wohl froh, uns los zu sein. Konzentrieren wir unsere Kräfte auf das Know-how der Friedfertigkeit!

Die beiden deutschen Staaten müssen sich, um der Einheit willen, grundlegend ändern. Sie müssen sich aufeinanderzureformieren. Ein einheitliches Deutschland kann und soll weder eine um ein Viertel vermehrte Bundesrepublik noch eine um drei Viertel gewachsene DDR sein. Der Einheit wird eine Zeit der andauernden und vielleicht gar verfestigten Zweistaatlichkeit vorausgehen müssen. Der langwierige Weg der Annäherung führt sicher ins nächste Jahrhundert hinein. Wichtig ist, daß die Deutschen hier und dort sich nicht noch mehr entfremden. Deswegen, und hier schließt sich mein Kreis, sind die kleinen Schritte der Politiker doch wichtig.

Schon heute aber muß in beiden Deutschländern die Einheit neu als Wert erkannt und verinnerlicht werden. Ich denke, in der Bundesrepublik stärker als in der DDR, wo entgegen aller staatlichen Doktrin der Einheitsgedanke lebendiger ist. Die linken und alternativen Kräfte in der Bundesrepublik dürfen das nationale Feld nicht den Konservativen allein oder gar den rechten Nationalisten überlassen. Ein Umdenken in der nationalen Frage und das Bedenken neuer sozialer und demokratischer Modelle für Deutschland gehört auf die Tagesordnung der Linken hier wie in der DDR.

Wiedervereinigung oder ents
Theo Sommer vertrat letz
daß die deutsche Nation auch
ihre Zusammengehörig



Ein Ostdeutscher — Re
(siehe magazin) — und
ZEIT-Eigentümer C
vertreten den gegente

Sollten dafür nicht die ermutigenden Erfahrungen des konziliaren Prozesses der Kirchen anwendbar sein? Wir könnten, eine progressive Tradition unserer Geschichte aufgreifend, eine Deutsche Nationalversammlung einberufen, in der Bürgerinnen und Bürger beider Staaten paritätisch vertreten sind.

Politiker sollten darin eine Minderheit bleiben. Diese Versammlung müßte in beiden Deutschländern durch einen breiten demokratischen Prozeß vorbereitet und begleitet werden.

Am ferneren Ziel dieses Prozesses sollte der Entwurf einer gemeinsamen Verfassung und ein Volksentscheid stehen, in dem die Deutschen über ihre weitere Zweistaatlichkeit oder aber ihre Einheit entscheiden können.

k
c
N
c
c
c
r
g
s
u
I
I
t

ragen der Zeit

e Hälfte

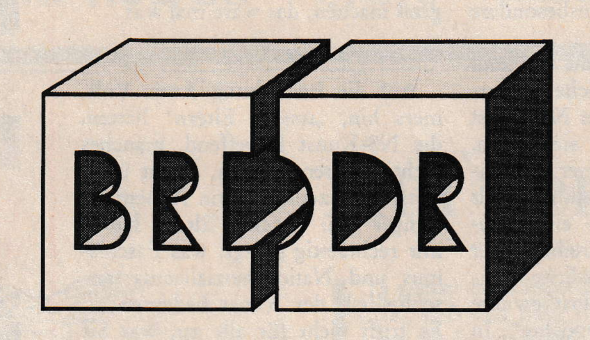
ntinenten der Zweidrit-
. Und die Vision?
Zeit, daß wir Deutschen
en, uns Vergebung und
durch einen Friedens-
sere Kinder und Enkel-
Krieg geboren, haben
Den Anbruch des neuen
einem Mutterland erle-
r einem latenten Kriegs-
ts anderes ist doch ein
atus seit 44 Jahren. Die
Umstandes macht unser
ür nationalistischen Un-

keine Soldaten, weder
glaubt jemand ernstlich,
ohne Bundeswehr und
oder Polen, Franzosen
der Finnen einmarschie-
merika und die Sowjet-
ns los zu sein. Konzen-
auf das Know-how der

Staaten müssen sich, um
legend ändern. Sie müs-
ormieren. Ein einheitli-
nd soll weder eine um
ndesrepublik noch eine
ne DDR sein. Der Ein-
dauernden und vielleicht
aatlichkeit vorausgehen
Weg der Annäherung
hrhundert hinein. Wich-
hier und dort sich nicht
Deswegen, und hier
sind die kleinen Schritte

in beiden Deutschlän-
Wert erkannt und verin-
e, in der Bundesrepublik
vo entgegen aller staatli-
sgedanke lebendiger ist.
n Kräfte in der Bundes-
ale Feld nicht den Kon-
den rechten Nationali-
enken in der nationalen
neuer sozialer und de-
Deutschland gehört auf
inken hier wie in der

Wiedervereinigung oder entspannte Zweistaatlichkeit? Theo Sommer vertrat letzte Woche die Ansicht, daß die deutsche Nation auch in staatlicher Doppelung ihre Zusammengehörigkeit finden könne.



Ein Ostdeutscher — Regisseur Konrad Weiß (siehe magazin) — und ein Westdeutscher — ZEIT-Eigentümer Gerd Bucerius — vertreten den gegenteiligen Standpunkt.

Sollten dafür nicht die ermutigenden Erfahrungen des konziliaren Prozesses der Kirchen anwendbar sein? Wir könnten, eine progressive Tradition unserer Geschichte aufgreifend, eine Deutsche Nationalversammlung einberufen, in der Bürgerinnen und Bürger beider Staaten paritätisch vertreten sind.

Politiker sollten darin eine Minderheit bleiben. Diese Versammlung müßte in beiden Deutschländern durch einen breiten demokratischen Prozeß vorbereitet und begleitet werden.

Am ferneren Ziel dieses Prozesses sollte der Entwurf einer gemeinsamen Verfassung und ein Volksentscheid stehen, in dem die Deutschen über ihre weitere Zweistaatlichkeit oder aber ihre Einheit entscheiden können.

Bedingung, daß ein solcher Prozeß zum Tragen kommen kann, sind tiefgreifende Reformen in beiden deutschen Staaten.

Hierzu zähle ich die volle Verwirklichung der Menschenrechte hier wie dort, die Reduzierung der Macht der hier und dort etablierten Parteien, den Abbau der Staatsbürokratien, die Annäherung der Wirtschaftssysteme und den Beginn eines gemeindeutschen Abrüstungsprozesses, um nur einiges zu nennen.

Vor allem aber sollten wir Deutschen weitaus stärker als bisher basisdemokratische Formen in unser politisches Instrumentarium aufnehmen. Das, denke ich, könnte dem Prozeß der nationalen Einheit auf eine gesunde und zukunftsorientierte Weise förderlich sein.

verstoßen?

Gegen die Preisgabe des Wiedervereinigungsanspruchs

Niemals davon reden, immer daran denken, sagten die Franzosen — nämlich an die Wiedervereinigung der Provinzen Elsaß und Lothringen mit dem französischen Mutterland. Weil die Deutschen, ohnmächtig, nicht handeln können, schwätzen sie ohne Unterlaß über die Wiedervereinigung. Natürlich gibt es Gelegenheiten, bei denen man, gewissermaßen zu Protokoll, feststellen muß, daß die Deutschen hüben und drüben einen Anspruch auf Wiedervereinigung haben, wenn sie es denn beide wollen. Kein Kanzler hat das je unterlassen. Aber es ist schlimm, wenn Deutsche einfach den Ruf ausstoßen: „Die Mauer muß weg."

Als ob man die Wiedervereinigung durch Abriß der Mauer erreichen könnte. Die Mauer fällt, wenn die Wiedervereinigung beschlossene Sache ist. Im Augenblick gibt es dafür die Voraussetzungen nicht; auch ist nicht zu erkennen, wann sie eintreten werden. Zuvor muß sich das Verhältnis der Mächte in der Welt grundlegend ändern.

Freilich, so unverrückbar, wie die Machtverhältnisse vor einem Jahr noch erschienen, sind sie heute nicht mehr. Sie können sich morgen ändern. Eine Wende zum schlechteren, nach dem Peking-Modell, ist allerdings in Moskau nicht zu erwarten. Dafür sind Perestrojka und Glasnost zu weit gekommen und haben das Bewußtsein in Moskau bereits zu sehr geformt. Der Osten — alle Länder im Osten — ist in Bewegung geraten. Niemand weiß, wo diese Bewegung enden wird. Also weiß auch niemand, was aus der gewaltigen Schicksalstrommel schließlich herauskommt.

Zu denen, die es drängt, über die offene deutsche Frage zu reden, gehört auch mein Freund Theo Sommer. Er schrieb in der vorigen Woche: „Es läßt sich die deutsche Einheit auch in der Form der Zweistaatlichkeit denken . . . Dann kann unter dem Dach einer paneuropäischen Gemeinschaft deutsche Einheit in einer erträglichen Doppelung etabliert werden, die auch jenen Nachbarn und Partnern keine Gänsehaut verursacht, die von einem neuen Großstaat der Deutschen ebensowenig halten wie von der Mauer."

Sicher müssen wir die Sorgen unserer Nachbarn — aller Nachbarn — in Rechnung stellen. Unsere Verbrechen in der Zeit der Nazis werden nicht vergessen werden, solange Geschichte geschrieben wird. Deshalb werden wir im Fall der Wiedervereinigung Beschränkungen der Souveränität des wiedervereinigten Deutschland in Kauf nehmen müssen. Etwa: daß der DDR-Teil Deutschlands auf fünfzig Jahre von den Sowjetrussen besetzt bleibt und nicht zur Nato gehört. Daß die Nato bestehen bleibt mit Kontingenten der einst gegnerischen und jetzt befreundeten Nationen auf unserem Gebiet.

Aber ich bin erschrocken darüber, daß die uns nachfolgenden Generationen so beliebig mit den Gefühlen derer umgehen, um deretwillen die Wiedervereinigung eigentlich angestrebt wird: nämlich der Bürger der DDR. Es gibt einen Beweis dafür, daß die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger die Wiedervereinigung will. Wäre es anders, hätten uns die Machthaber drüben längst durch eine freie, kontrollierte Abstimmung das Gegenteil nachgewiesen. Wir haben auch genug persönliche Verbindungen nach drüben, um zu wissen, daß die Abneigung der DDR-Bürger gegen den SED-Zwangsstaat eher größer geworden ist — es wird uns jedenfalls immer versichert.

Erschrecken müssen gerade jetzt die Bürger drüben, wenn sie lesen, daß „ihre" Volkskammer den Mord an mehreren hundert, vielleicht sogar tausend für Demokratie und Freiheit demonstrierenden chinesischen Bürgern gebilligt hat. Und daß die Frau des Generalsekretärs Honecker verkündete, in der DDR müßten notfalls die sozialistischen Errungenschaften mit der Waffe in der Hand verteidigt werden. Wozu sind diese Leute noch fähig? Da wird abermals das Wort zur Lüge, das Wort „Niemals darf von deutschem Boden Krieg ausgehen".

Kann man sich ein Verfahren für den Prozeß der Wiedervereinigung denken, wenn sie denn möglich wird? Dazu schrieb ich 1983: „Die Wiedervereinigung mit den Deutschen in der DDR halte ich für unaufhaltsam, wenn auch fern. Sie setzt voraus, daß die Bürger dort sich in freier Abstimmung für die Wiedervereinigung entscheiden. Da werden wir vielleicht Konzessionen hinsichtlich unserer Gesellschaftsordnung machen müssen — die Wiedervereinigung soll das wert sein. Die Freiheit muß unantastbar bleiben. Über die Wirtschaftsform muß man reden können. Das kann dann wehtun." Und: „Östlich der Oder-Neiße, 700 Jahre deutsches Siedlungsland, haben heute die Polen Heimatrecht — das Heimatrecht gab uns einst Rechte. Der Jahrzehnteablauf hat es definitiv gegen uns gewandt. Auch nur der Gedanke an die Rückkehr dorthin verbietet sich als menschenrechtswidrig."

Mag schon sein, daß mancher Politiker in den uns befreundeten Ländern erleichtert wäre, wenn wir förmlich auf die Wiedervereinigung verzichteten. Aber Achtung erwirbt man durch Beharrlichkeit. Das Recht der DDR-Bürger, sich mit uns zu vereinigen, machen wir für sie geltend bei allen außenpolitischen Partnern. Wenn wir das heute aufgeben, würden sich Freunde und Gegner fragen: „Was morgen?" Und sie werden uns verachten. Was ist eine Nation schon wert, wenn die eine Hälfte die andere verstößt? In die Müllkiste der Geschichte befördert?

Ich fürchte, die Bürger in der DDR werden uns verfluchen, die Geschichte wird uns verfluchen, wenn wir mit Theo Sommer sagen: „Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen." Die Sorgen der anderen sind hinzunehmen und zu berücksichtigen. Sie dürfen uns, nach tausend Jahren deutscher Geschichte, nicht zwingen, die andere Hälfte zu verstoßen.

Herb…
Medi…

Mit dem Medien-… Gedenken an der… sollen Publiziste… in Literatur oder… überzeugende W… Unternehmerper… Privatwirtschaft… haben.



Die Vergabe des … Frau Johanna Qu… Bernd Baehring, … Pfeifer angehörer… 100.000,– DM do…

Ausgezeichnet w… des Bundesverba… Klaus-Peter Siegl… „Was nun, Herr R… ihre Interviewreih…

Für die erneute A… 1990 stattfindet, … Redaktionen und … Beiträge veröffen…

Einsendeschluß i… Weitere Informati… Günther-Quandt-… 6380 Bad Hombu…